

VORSPRUNG FÜR DEUTSCHLAND: **Neues REGIEREN 2002.**



CDU

ANGELA MERKEL:

Klarer **Fahrplan** für das vor uns liegende Jahr

„Wir sind programmatisch ein ganzes Stück weitergekommen“, erklärte die Parteivorsitzende Angela Merkel nach einer zweitägigen Klausurtagung von Präsidium und Bundesvorstand am 15. Januar in Mainz.

„Wenn wir das alles beherzigen, wird unser Motto

‘Vorsprung für Deutschland – Neues Regieren 2002’ nach der Bundestagswahl Realität werden.“ Daneben habe der Bundesvorstand Eckpunkte für den Fahrplan des laufenden Jahres beschlossen und sich mit den bevorstehenden Wahlkämpfen auseinander gesetzt. *Fortsetzung Seite 3*

INHALT

ZUM JAHRESANFANG

Friedrich Merz:
Schröder hat keinen
Kompass
SEITE 2

BUNDESKABINETT

Paul Breuer:
Scharping ist Teil
der Krise der
Schröder-Regierung
SEITE 8

DOKUMENTATION

Wortlaut der Beschlüsse
auf der Klausurtagung
in Mainz
INNENTEIL

Schröder hat keinen Kompass

Noch vor drei Wochen trat ein sichtlich zufriedener Kanzler in Berlin vor die Presse und verkündete: Das Jahr 2000 sei ein ökonomisch wie politisch erfolgreiches Jahr für Deutschland gewesen. Er wolle mit dem alten Kabinett auch das neue Jahr gestalten. Das Wort des Kanzlers hatte genau 21 Tage Bestand. Jetzt ist sein Kabinett wieder ein Stück mehr auseinander gebrochen.

Das Jahr 2001 wird für Schröder ein schwieriges Jahr. Angesichts der strukturellen Defizite und der personellen Inkompetenzen dieser Regierung werden die kurzzeitigen Reparaturarbeiten Schröders nicht ausreichen. Der Bundeskanzler hat bereits zur Mitte der Legislaturperiode die Parole ausgegeben, keine Reformen mehr anzupacken. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes spüren, dass diese Regierung in den nächsten zwei Jahren den Stillstand verwal-



ten wird. Dabei liegen doch die Probleme in unserem Land offen auf der Hand:

■ **Das BSE-Problem ist keineswegs gelöst.** Die plötzlichen Rücktritte der Gesundheitsministerin und des Landwirtschaftsministers werfen ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Regierungskoalition. Wochenlang wurde der Bevölkerung vorgegaukelt, sie könne bedenkenlos Rindfleisch und andere Wurstwaren zu sich nehmen. Schließlich, nach schlechtem Krisenmanagement und reichlich spät, mussten die beiden verantwortlichen Minister erkennen, dass sie das Vertrauen der Bevölkerung längst verloren hatten und die

BSE-Krise so nicht in den Griff zu bekommen ist.

■ **Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist und bleibt bedrückend.** Die neuesten Zahlen zeigen: Die Bundesregierung ist ihrem Ziel, die Arbeitslosigkeit deutlich abzubauen, nur wenig näher gekommen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit hat überwiegend statistische Gründe: Jährlich verlassen mehr als 200 000 Arbeitslose den Arbeitsmarkt, weil sie Rentner werden.

■ **Auch bei der Rentenreform hält Schröder keinen klaren Kurs.** Nach zweijährigem Experimentieren mit immer neuen Konzepten erlebt die Regierung mit ihrem Gesetzentwurf, den sie laufend ändert, ein totales Desaster. Er stößt auf einhellige Kritik der Fachleute. Noch nie ist das Vertrauen der Rentnerinnen und Rentner und der Beitragszahler derart beschädigt worden wie in den letzten zwei Jahren unter der Regierung Schröder. **UD**

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax: (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 75 10183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1

Mit Blick auf die von Arbeitsminister Walter Riester geplante Rentenreform betonte Angela Merkel, der jetzige Entwurf sei unzureichend. Deshalb habe der Bundesvorstand beschlossen, der aktuellen Vorlage nicht zuzustimmen: „Das ist alles andere als ein Konzept, das dreißig Jahre halten wird.“ Angesichts der anstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Rentenbesteuerung sei es völlig inakzeptabel, das Rentengesetz jetzt im Eilverfahren zu verabschieden. Zudem richte sich die Riester-Reform gegen die Frauen, insbesondere gegen die Witwen.

Rot-Grün treibt einen Keil zwischen Landwirtschaft und Verbraucher

Angela Merkel schlug weiter vor, eine unabhängige Verbraucherschutzbehörde auf Bundesebene einzuführen, die allein auf Grund ihrer Sach- und Fachkunde tätig werde. Es könne nicht hingenommen werden, dass Rot-Grün einen Keil zwischen Landwirtschaft und Verbraucherschutz treibe. „Vorsorgen der Verbraucherschutz

ANGELA MERKEL:

Steinewerfer haben keinen Beitrag zur Freiheit geleistet

Angela Merkel hat Bundesaußenminister Fischer aufgefordert, sich für das falsche Bild zu entschuldigen, das er von der Bundesrepublik der 60er und 70er Jahre gezeichnet hat. Weder Steinewerfer noch RAF-Terroristen hätten einen Beitrag zur Freiheit dieses Landes geleistet.

Dabei reiche es aber nicht aus, dass es sich nur bei einem bestimmten Menschen entschuldige. Er müsse schon in aller Öffentlichkeit und für jeden vernehmbar seine „total verquere Sicht“ erklären und seinen Irrtum bekennen.

Merkel in der Aktuellen Fragestunde des Bundestags am 17. Januar: „Wenn Fischer dazu nicht bereit ist, wird das schlimme Auswirkungen auf die Gewaltbereitschaft der heutigen Jugend haben.“

Die Menschen der ehemaligen DDR haben vor zehn Jahren die Veränderung „diktatorischer Bedingungen“ auf friedlichem Wege erreicht. Darauf können wir stolz sein, versicherte die Parteivorsitzende, und auf Deutschland, „die freiheitliche, solidarische, weltoffene Republik seit 1949“.

muss integraler Bestandteil der Agrarproduktion sein“, unterstrich die Parteivorsitzende. Die Landwirte dürfen nicht an den Pranger gestellt werden. Vor allem sie hätten ein Interesse am Verbraucherschutz.

Als Konsequenz aus der BSE-Krise forderte Angela Merkel ein Bündnis von Verbrauchern, Landwirten und Wissenschaftlern. Die Parteivorsitzende sprach sich dafür aus, entgegen der heute häufig praktizierten

Produktförderung auch eine verstärkte Förderung der flächendeckenden Bewirtschaftung zu unterstützen. Das setze allerdings voraus, dass es regionale und nationale Spielräume gebe, die gesamte Landwirtschaftspolitik also nicht vergemeinschaftet werde. Dafür habe sich der Bundeskanzler jedoch bei den Verhandlungen um die Agenda 2000 gerade nicht eingesetzt.

Außerdem kritisierte Angela Merkel Äußerungen

Vorsprung für Deutschland – Neues Regieren 2002

- Erklärung der Parteivorsitzenden Angela Merkel zum Fahrplan 2001
- Zu BSE: Mit Verbrauchern und Landwirten für gesunde Lebensmittel
- Zur Rentenreform: Riesters Rentenpläne sind nach wie vor nicht akzeptabel
- Zum Arbeitsmarkt: Arbeit für alle – Chancen für alle
- Zur ESVP: Leitsätze für eine deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Den Wortlaut der Beschlüsse finden Sie als Dokumentation im Innenteil dieser Ausgabe und im Internet: www.cdu.de/infonet

des Bundeskanzlers im Zusammenhang mit der militanten Vergangenheit von Außenminister Fischer. In der Sendung „Sabine Christiansen“ habe Schröder am Sonntag Abend gesagt, „gebrochene Biografien“ könnten zum Vorbild für Jugendliche von heute werden. „Das ist ein vollkommen falsches Signal“, betonte die Parteivorsitzende. „Es kann und darf kein Markenzeichen sein, dass man in seinem Leben Polizisten verprügelt haben muss, um erfolgreich zu sein.“ Wenn dies geschehe, sei der Kampf gegen Gewalttätigkeit in Deutschland verloren. Die Parteivorsitzende forderte einen Unvereinbarkeitsbeschluss der Grünen von Gewalt und Parteimitgliedschaft.

Arbeit für alle: Flexibilität und Sicherheit

Unter dem Motto „Arbeit für alle, Chancen für alle“ habe sich der Bundesvorstand außerdem mit dem Thema Arbeitslosigkeit beschäftigt. Die CDU sei sich dabei mit Ludwig Georg Braun (DIHT), Frank Bsirske (ÖTV), Dieter Philipp (ZDH) und Ludolf-Georg von Wartenberg (BDI) einig, dass die soziale Marktwirtschaft Konjunktur habe. Allerdings müsse sie auf die neuen Wirklichkeiten angewendet werden. Merkel unterstrich, dass „Flexibilität und Sicherheit“ einander bedingen würden. Es werde keine Sicherheit geben, wenn nicht alle zu Verände-

rungen bereit seien. In diesem Zusammenhang habe die CDU konkrete Vorschläge vorgelegt.

Auf der zweitägigen Klausurtagung verabschiedete der Bundesvorstand auch Leitsätze für eine deutsche und europäische Sicherheitspolitik. In den vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Volker Rühle vorgelegten Papier plädiert die CDU dafür, dass Europa auf internationaler Ebene handlungsfähiger werden müsse.

Eine Einbeziehung Europas in die geplante amerikanische Raketenabwehr wird begrüßt. Der Türkei soll der Status eines „assoziierten Mitglieds“ der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verliehen werden.

UD

ANGELA MERKEL:

Unser Ziel ist **ehrgeizig**: Sieg bei der Bundestagswahl 2002

Liebe Freunde,

jeder von Ihnen hat an seinem Platz dazu beigetragen, dass mein Satz zum Abschluss des Essener Parteitages im April ein dreiviertel Jahr später keine rhetorische Floskel mehr ist, sondern Realität: Wir sind wieder da, habe ich damals gesagt. Ja, wir sind wieder da. Natürlich noch nicht am Ziel. Wir können es auch noch gar nicht sein. Das Ziel ist ebenso ehrgeizig wie unverändert eines: Ich will unseren Sieg bei der Bundestagswahl 2002.

Auf dem Weg dorthin werden wir alles dafür tun, das kommende Jahr 2001 zu einem guten und erfolgreichen Jahr für uns zu machen. Wir setzen auf Sieg mit Erwin Teufel in Baden-Württemberg. Seine Politik setzt Maßstäbe. Baden-Württemberg kann stolz sein auf seinen Ministerpräsidenten Erwin Teufel. Wir setzen auf Sieg mit Christoph Böhr. Rheinland-Pfalz kann an frühere Zeiten anknüpfen und genauso erfolgreich sein wie seine Nachbarländer im Süden. Das Land braucht den Wechsel und einen neuen Ministerpräsidenten Christoph Böhr.

Dann geht es mit großen Schritten in die Zielgerade dieser Legislaturperiode. Auf dem Weg bis zur Bundestagswahl 2002 ist unser ärgster Feind übrigens nicht Bundeskanzler Schröder. Denn wir sehen es doch: Nachdem wir in diesem Jahr wieder Tritt ge-



Angela Merkel: Unser Kompass ist das christliche Menschenbild. Es bewahrt uns vor Beliebigkeit, vor Hochmut, vor vermeintlichen Alternativen und falschen Einteilungen – in Klassen oder Schichten der Gesellschaft, in Gewinner oder Verlierer der Modernisierung.

fasst hatten, gingen die rot-grünen Chaostage wieder los. Unser ärgster Feind ist der mangelnde Glaube an uns selbst. Ich bin überzeugt von unserem Wahlsieg 2002. Wir müssen es nur wollen, aber mehr noch: Wir müssen auch wissen, **was** wir wollen.

Wie können Politik und Medien sich auf den immer schneller werdenden Wechsel von Nachrichten und Themen einstellen? Wie die ganzen Informationen verarbeiten? Wie das Wichtige vom Unwichtigen unterscheiden? Und für uns – als Mitglieder einer großen Volkspartei – die entscheidende Frage: Wie können wir angesichts der Fülle an Informationen Maßstäbe und Bewertungskriterien festlegen, Haltepunkte finden, Menschen erreichen, und zwar schneller und direkter als alle anderen?

Es beginnt mit festen Überzeugungen, die sich nicht tagtäglich ändern, sondern die uns wie ein Kompass Richtung und Ziel angeben. Unser Kompass ist das christliche Menschenbild. Es bewahrt uns vor Beliebigkeit, vor Hochmut, vor vermeintlichen Alternativen und falschen Einteilungen – in Klassen oder Schichten der Gesellschaft, in Gewinner oder Verlierer der Modernisierung, in Chancen oder Risiken technischer Entwicklungen.

Wohin solche falschen Einteilungen führen, sehen

wir in diesen Tagen an Einlassungen von Bundeskanzler Schröder zur Bio- und Gentechnik. Ich finde es furchtbar, wenn er ziellos und ohne Wertegerüst davon spricht, in der Bio- und Gentechnikdebatte sei kein Raum für „ideologische Scheuklappen“. Dieses Wort fällt auf ihn zurück, denn seine Scheuklappen haben nichts mit notwendigen Grundsätzen zu tun. Die aber, das weiß zumindest sein grüner Koalitionspartner, sind in dieser Debatte bitter nötig. Das Klonen von Embryonen muss in Deutschland verboten bleiben. Wir dürfen keine Dämme einreißen, die wir nie wieder einziehen können. Wir Christdemokraten werden auf der Grundlage unseres Menschenbildes und der Würde jedes einzelnen Menschen die Debatte um eine vernünftige Abwägung der Chancen und der Risiken von Bio- und Gentechnik in Deutschland bestimmen.

Wir müssen die Sprache der Menschen sprechen

Einen klaren Kompass zu haben, darf uns aber nicht dazu verleiten, starr und festgefahren zu werden. Denn als lebendige Volkspartei des 21. Jahrhunderts wissen

wir, dass wir die Wirklichkeit um uns herum aufnehmen müssen. Was helfen die schönsten Programme, wenn wir die Sprache der Menschen nicht sprechen? Wenn wir über ihre Köpfe hinweg reden? Die Lehre aus der Niederlage bei der Bundestagswahl 1998 ist nicht, uns in eine Wagenburg der guten alten Zeit klarer ideologischer Gegensätze zurückzuziehen, sondern neugierig zu sein.

Konservativ kommt nicht von Konserve. Auch wir müssen uns immer wieder überprüfen. Wir müssen uns erneuern, damit Deutschland sich erneuert. Deshalb haben wir vor einem Jahr ein neues familienpolitisches Programm verabschiedet. Deshalb haben wir im November neue bildungspolitische Leitsätze vorgelegt. Deshalb haben wir eine Arbeitsgrundlage beschlossen, mit der wir Ja zu einer geregelten Zuwanderung in Deutschland sagen und den Rahmen für die Erarbeitung eines umfassenden Konzeptes für Zuwanderung und Integration setzen. Deshalb hat der Bundesvorstand das Konzept „Starke Bürger – starker Staat“ im Oktober als Diskussionsgrundlage in die Gliederungen der Partei gegeben. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als die Fortentwicklung unserer gesell-

schaftlichen und gesamtstaatlichen Ordnung im 21. Jahrhundert. Der Staat muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die Politik muss wieder vom Bürger aus denken.

Die Verankerung vor Ort herstellen

Dazu gehört eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements der Bürger. Das Jahr 2001 ist auch das internationale Jahr der Freiwilligen. Viele von Ihnen sind selbst in Vereinen, kirchlichen und sozialen Organisationen tätig. Millionen von Menschen leisten unbezahlbare Dienste in diesen Verbänden. Es steht gerade uns Christlichen Demokraten gut an, die herausragenden Leistungen der Ehrenamtlichen zu würdigen.

Die Verankerung vor Ort herstellen, Haltepunkte finden, das ist die eine Seite unseres Lebens im 21. Jahrhundert. Die Veränderungen durch Globalisierung und Digitalisierung zur Kenntnis zu nehmen, das ist die andere Seite unserer Zeit. Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft weiterentwickeln zur Neuen Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist die Ordnung unserer Gesellschaft, einer Wir-Gesellschaft – für die Entfal-

tung der eigenen Persönlichkeit und für die Bereitschaft zur Hilfe.

„Dritte Wege“ und „Neue Mitten“ helfen nicht weiter. Wer wie Herr Schröder heute für die Einen eine Steuerreform verabschiedet und morgen im Betriebsverfassungsgesetz pauschal die Mitbestimmung ausweiten will, wer wie Rot-Grün heute mit einem Sonderprogramm die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen will und morgen die Jungen in der Rentenreform überdurchschnittlich belastet, wer wie der Bundeskanzler den Einen Green-Cards in Aussicht stellt, sich aber gegen ein umfassendes Konzept für eine geregelte Zuwanderung und Integration sträubt, der legt den Aufschwung in unserem Land in Ketten.

Zu Ende denken

Politisches Handeln aber hat schließlich doch erst dann einen Sinn, wenn es einem einfachen Grundsatz folgt: dem Grundsatz, dass wir bei allem, was wir tun oder was wir lassen, zu Ende denken. Herr Schröder dagegen jagt von einem Schnellschuss zum anderen.

■ **Denken Sie an die Öko-Steuer.** Sie ist der K.O. für die Umwelt, für die Rentner, für

die Familie und Berufspendler. Spätestens nach der Bundestagswahl 2002 wird es diese K.O.-Steuer nicht mehr geben.

■ **Oder nehmen Sie die Rentenreform.** Der rot-grüne Zickzackkurs ist unerträglich. Die Generationengerechtigkeit bleibt auf der Strecke. Was immer auch das endgültige Schicksal dieser Pseudo-Rentenreform von Schröder und Riester sein wird – wir werden 2002 eine Rentenreform in Angriff nehmen, die einen solchen Namen wirklich verdient.

■ **Und schauen wir auf die Gesundheitspolitik** – sie ist gekennzeichnet durch völligen Stillstand. Die unsinnige Politik der Budgetierung grenzt einen großen Personenkreis von notwendigen medizinischen Leistungen und vom medizinischen Fortschritt aus. Das ist der direkte Weg in die Zwei-Klassen-Medizin.

■ **Und nicht zuletzt der Arbeitsmarkt** – Fortschritte sind nur durch die demografische Entwicklung zu verzeichnen, zusätzliche Jobs werden kaum geschaffen, die Schere zwischen Ost und West geht immer weiter auseinander. Das ist die Bilanz nach zwei Jahren Rot-Grün.

■ **Es wird deutlich:** Der Regierung von Bundeskanzler Schröder fehlt ein Kompass,

ihr fehlt die richtige Beschreibung der Wirklichkeit, und ihr fehlen die Bereitschaft und der Wille, zu Ende zu denken. Nicht umsonst ist „Nachbessern“ die Hauptbeschäftigung dieser Regierung. Deutschland aber ist keine Reparaturwerkstatt, und die Menschen sind keine Versuchskaninchen. Sie haben eine andere Regierung verdient. Sie haben eine Regierung verdient, die weiß, was sie will, die weiß, warum sie es so und nicht anders macht.

Wir schöpfen Kraft aus unseren Visionen und Traditionen

Wir Christlichen Demokraten können stolz sein auf unsere Geschichte. Nur wer seine Wurzeln kennt und weiß, woher er kommt, kann auch eine Vorstellung von der Zukunft entwickeln. Wir schöpfen Kraft aus unseren Visionen und Traditionen.

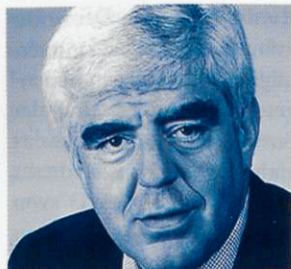
Das Jahr 2000 hat gezeigt: Die CDU arbeitet an sich. Wir suchen den Kontakt zu den Menschen. Die Union ist heute schon programmatisch weiter als alle anderen Parteien. Das ist die Grundlage für unseren Sieg bei der Bundestagswahl 2002. Das kommende Jahr 2001 kann mit Ihrer Hilfe das Jahr der CDU werden.

Scharping ist Teil der Krise der Schröder-Regierung

Zur Krise der Schröder-Regierung nach den Rücktritten der beiden Minister Fischer und Funke erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Neben den beiden zurückgetretenen Ministern Funke und Fischer ist auch Verteidigungsminister Scharping ein Teil der Krise der Schröder-Regierung. Schon seit Wochen und Monaten zeigt sich, dass Scharping keine politische Durchsetzungsfähigkeit mehr besitzt. Von seiner Partei wurde er mit einem schlechten Ergebnis bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden und vom Finanzminister im Kampf um den Verteidigungsetat abgemeiert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert den Bundeskanzler auf, endlich eine ideologiefreie, seriöse und finanziell glaubwürdig abgesicherte Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu machen und seine Verantwortung wahrzunehmen. Die Zeit der platten Sprüche, bloßen Ankündigungen und medialen Showveranstal-



tungen ist vorbei. Es müssen endlich glaubhaft und nachhaltig Entscheidungen getroffen werden. Die Bundeswehr ist ein viel zu sensibles Instrument, um weiter an ihr mit unausgegorenen Konzepten herumzudoktern.

Mit Scharping an der Spitze schliddert die Bundeswehr immer tiefer in die Krise. Die von Scharping groß angekündigte Reform der Bundeswehr droht zur Reformruine zu werden, Scharpings Reformeifer ist erlahmt.

Statt auf der Basis eines glaubwürdigen sicherheitspolitischen Konzepts wird die Bundeswehr allein aus finanziellen Zwängen massiv personell verkleinert. Statt intelligent zu investieren, wird auf Teufel komm raus am falschen Ende gespart. Statt Betriebsabläufe

gemeinsam mit den Menschen in der Bundeswehr sinnvoll zu optimieren, wird am falschen Ende rationalisiert. Die groß angekündigte Privatisierung in der Bundeswehr bleibt schon aus rechtlichen Gründen oft in den Kinderschuhen stecken.

Bei den bevorstehenden Entscheidungen zur zukünftigen Stationierung der Bundeswehr steht Scharping die Stunde der Wahrheit bevor. Entgegen allen Beschwichtigungen aus der Vergangenheit wird er zahlreiche Standorte und Kasernen schließen müssen.

Es wird sich zeigen, dass Scharping mit seinen abwiegelnden Hinweisen auf zu schließende Kleinststandorte der Bundeswehr und lediglich „betriebswirtschaftlich begründete Optimierungen“ den Mund zu voll genommen hat.

Seine neueste Strategie, zunächst einmal Horrormeldungen für Standorte verbreiten zu lassen, um sich hinterher auch noch als Retter feiern zu lassen, wenn es dann doch nicht so schlimm kommt, wird sicherlich nicht aufgehen.

NORBERT LAMMERT:

Wir brauchen endlich Ergebnisse statt Ankündigungen

Zum Amtsantritt von Staatsminister Prof. Julian Nida-Rümelin erklärte der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Schon am ersten Arbeitstag muss der neue Staatsminister Julian Nida-Rümelin die schmerzhaft Erfahrung machen, dass in der breiten Öffentlichkeit der Rinderwahnsinn mehr Aufmerksamkeit findet als die Kultur. Statt sympathische Illusionen über ein „neues Interesse an der Kultur“ zu pflegen, sollte der Nachfolger von Staatsminister Naumann unverzüglich die Aufgaben anpacken, die ihm sein Vorgänger unerledigt hinterlassen hat:

- Der immer noch nicht unterzeichnete Hauptstadtkulturvertrag muss in den deutlich gewordenen Lücken und Übertreibungen korrigiert und endlich vereinbart werden.

- Nach Verabschiedung der Verbesserung der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinnützige Stiftungen muss endlich die vom Bundestag ge-



wollte und die von Regierung und Koalition zugesagte Ergänzung der zivilrechtlichen Rahmenbedingungen für die Gründung, Aufsicht und Arbeit von Stiftungen auf den Weg gebracht werden.

- Die von der Union im Deutschen Bundestag eingeforderte Gesamtkonzeption nationaler Gedenkstätten, die neben dem Mahnmuseum für die ermordeten Juden Europas und dem Jüdischen Museum auch die Realisierung der Topographie des Terrors sichert, steht nach wie vor aus.

- Eine Neuordnung Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG), die sowohl die soziale Absicherung von Künstlern sicherstellt als auch eine Überforderung der finanziellen Verpflichtungen Verwerter künstlerischer

Leistungen vermeidet, bei der sich der Bund seiner kultur- und sozialpolitischen Verantwortung nicht zu Lasten der Künstler und der Verlage, Galerien u.a. entziehen darf.

Auch im Bereich der Medienpolitik sind eine Reihe angekündigter Initiativen bislang entweder noch gar nicht ergriffen oder ohne abschließendes Ergebnis geblieben:

- Die Fortschreibung des Urheberrechts zur Sicherung von Verwertungsrechten von Künstlern und Publizisten, insbesondere in den Neuen Medien.

- Eine nationale und europäische Filmförderung, die den Erwartungen gerecht wird, die die Bundesregierung im Rahmen des Bündnisses für den Film selbst erzeugt hat (Optimierung der Aktivitäten der Export-Union des Deutschen Films, um eine effizientere Vertretung des deutschen Films im Ausland zu erreichen; Zeitpunkt des Rückfalls der Verwertungsrechte an Spielfilmen von TV-Sendern an unabhängige Produzenten).

UD

Die preistreibende Ökosteuer muss unbedingt **abgeschafft** werden

Zur Diskussion um die Ökosteuer erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundstagsfraktion:

Mit der 3. Stufe der Ökosteuer dreht die rot-grüne Regierung weiter an der Schraube ihrer ungerichten, mobilitäts-, umwelt- und verbraucherfeindlichen Politik. Schon im vergangenen Jahr sind die Verbraucherpreise wegen der hohen Kosten für Kraftstoff- und Heizöl um 1,9 Prozent gestiegen. Die Aussichten für 2001 sind noch dramatischer. Aufgrund der 3. Ökosteuerstufe treiben die Kosten für Benzin, Heizöl, Strom und öffentliche Verkehrsmittel immer weiter in die Höhe.

Die Ökosteuer der Regierung Schröder ist nicht umweltfreundlich, aber sie ist verbraucherfeindlich.

Benzin- und Strompreiserhöhungen treffen nicht die Umweltsünder, sondern Familien, Rentner und sozial Schwache. Beim Autofahrer wird abkassiert, ohne dass er eine Gegenleistung erhält. Die



Ökosteuer gefährdet Arbeitsplätze, vor allem im Transportgewerbe.

Die Position der CDU/CSU-Bundstagsfraktion ist klar. Wir fordern:

- Die sogenannte Ökosteuer ist ökologisch und volkswirtschaftlich sinnlos. Diese „Ökosteuer“ muss fallen!
- In keinem Fall darf die Bundesregierung die Ökosteuer weiter anheben. Sie

muss die vorgesehenen weiteren Stufen unbedingt aussetzen.

■ Die Bundesregierung muss ihre Verkehrs-, Umwelt- und Steuerpolitik so ausrichten, dass ungerichte, ständig steigende Belastungen entfallen und gleichzeitig umweltfreundliche Mobilität für alle Bürger möglich ist.

■ Die angestrebte und ökologisch notwendige Reduzierung des Energieverbrauchs wird nicht durch eine Ökosteuer erzielt, die nur zur Aufstockung der Rentenkassen gedacht ist. Der Energieverbrauch muss mit anderen Instrumenten gesteuert werden, die CDU/CSU hat entsprechende Konzepte vorgelegt.

MARIA EICHHORN:

Das Urteil meint etwas anderes

Zum rot-grünen Plan, statt einer Kindergelderhöhung die Kinderbetreuung auszubauen, die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU: Damit wird die Regierung dem Beschluss des

Verfassungsgerichts nicht gerecht. Es würde weder die Steuergerechtigkeit realisiert noch die Förderung des Erziehungsbedarfs von Kindern aller Altersgruppen gewährleistet.

ANDREAS SCHMIDT:

Fast Schlusslicht

■ Auf den ersten Blick ein guter Wert: 3 Prozent Wirtschaftswachstum im letzten Jahr. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass das Wachstum im Jahresablauf von Quartal zu Quartal geringer geworden ist. Die Aussichten trüben sich weiter ein: Geschäftsklima-Index seit Monaten rückläufig. Erwartetes Wachstum in diesem Jahr: nur noch 2,5 Prozent. **Dietrich Austermann**, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU: Im Euro-Raum ist Deutschland inzwischen fast schon Schlusslicht.

Ohne Schwung

■ Am Arbeitsmarkt auch weiterhin keine Dynamik. Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr unverändert: deutliches Zeichen, dass die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung in die falsche Richtung geht. **Peter Rau**, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU: Statt das Arbeitsrecht zu flexibilisieren, hat Rot-Grün die Reformen der Vorgängerregierung rückgängig gemacht und durch zusätzliche Belastungen der Wirtschaft neue Beschäftigungshindernisse geschaffen.

Muss vom Tisch

■ Die massive Kritik der Spitzenverbände BDA, BDI,

Gericht doht SPD-Firma mit Ordnungsgeld

Das Amtsgericht Charlottenburg hat die zum SPD-Unternehmensreich gehörende „Reisebüro im Willy-Brandt-Haus GmbH“, Berlin (HRB 59302), im Dezember ultimativ aufgefordert, die Jahresabschlussunterlagen für die Jahre 1996 bis 1999 unverzüglich beim Amtsgericht, Handelsregister, einzureichen.

Die „Reisebüro im Willy-Brandt-Haus GmbH“ ist bisher ihrer Offenlegungspflicht nach den handelsrechtlichen Bestimmungen nicht nachgekommen. Das Amtsgericht hat ausdrücklich auf die Möglichkeit der Festsetzung eines Ordnungsgeldes hingewiesen. SPD-Schatz-

meisterin Wettig-Danielmeier hat „Focus“ gegenüber eingeräumt, dass Geschäftsführungen von SPD-Unternehmen die Pflicht zur Offenlegung nicht erfüllt hätten. Sie will diese Gesetzesverstöße nach Kenntnisnahme sofort gerügt haben. Sie hat aber nicht gleichzeitig auch geklärt, seit wann ihr diese fortlaufenden Gesetzesverstöße bekannt sind. Einer der Geschäftsführer der „Reisebüro im Willy-Brandt-Haus GmbH“ ist nach dem Handelsregisterauszug vom 17. November 2000 Jens Berendsen, zugleich Geschäftsführer der „Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (DDVG)“.

DIHT an der rot-grünen Reform des Betriebsverfassungsgesetzes bestätigt: keine neuen Arbeitsplätze in den mittelständischen Betrieben, solange Mitbestimmungstatbestände ausgeweitet und Schwellenwerte abgesenkt werden. **Hansjürgen Doss**, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU: Die

Novelle trägt die Handschrift der Gewerkschaften, die einen Rückgang der durch Betriebsräte vertretenen Mitarbeiter von 49 (1984) auf 39 Prozent (1994) beklagen und immer noch unter Mitgliederschwund leiden. Im Interesse der Arbeitnehmer und Beschäftigungsuchenden – sie muss vom Tisch. **UD**

INFOS, die es nicht im Branchenbuch gibt, bietet jetzt die werbefreie Arzt-Auskunft auch im Internet an: www.Arzt-Auskunft.de. Die Besonderheit: Die Suche erfolgt anhand von Diagnose- und Therapieschwerpunkten. Dass die Auskunft der gemeinnützigen Stiftung Gesundheit in Kiel nicht gegen das ärztliche Werbeverbot verstößt, haben das Oberlandesgericht Schleswig und das Landgericht Düsseldorf entschieden.

90 PROZENT aller Schulen in Deutschland verfügen mittlerweile über einen Internetanschluss. Es fehlen noch 5000, die aber nach Auskunft von Telekom-Chef Ron Sommer in den kommenden drei bis vier Monaten folgen werden. Kosten pro Jahr: 125 Millionen Mark.

JEDER DRITTE der 430.000 Bauernhöfe in Deutschland hat ebenfalls einen Internet-Anschluss. Damit zählt die Agrarwirtschaft zu den Branchen mit der höchsten Internet-Nutzung oim Mittelstand. Philip Freiherr von dem Bussche, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG): Die modernen Informationstechnologien werden die Landwirtschaft massiv verändern.

FERNSEHWERBUNG kommt ausgerechnet bei einem Viertel der Lieblingszielgruppe der Wirtschaft schlecht an. Nach einer Umfrage unter mehr als 5000 Personen gehört dieser Anteil unter den 14- bis 49-jährigen Fernsehzuschauern so den so genannten Wenig-Sehern mit nur durchschnittlich 20 bis 25 Minuten am Tag. Für die TV-Werbung, deren Reichweite normalerweise bei 16, 3 Prozent liegt, bedeutet das, dass sie nur zwei Prozent der Wenig-Seher erreicht.

SOFORTHILFE in Höhe von 80 Millionen Mark für kommunale und Hochschul-Bibliotheken hat der Deutscher Kulturrat gefordert. Warnung: Ohne diese Hilfe kann der Bestand an internationalen Zeitschriften nicht mehr gehalten werden. Rund 30 Prozent mussten bereits abbestellt werden. Fachliteratur über Internet ist kein Ausweg. Denn der Internet-Zugang ist in der Regel teurer als ein Abonnement.

IDEEN von Mitarbeitern haben dem Siemens-Konzern im vergangenen Geschäftsjahr fast eine halbe Milliarde Mark eingespart. Dafür erhielten die Beschäftigten Prämien in Höhe von rund 43

Millionen Mark. Zahl der eingereichten Vorschläge: 100.000.

ANWÄLTE beziehen neues Domizil im Berliner Bezirk Mitte. Wie Michael Streck, Präsident des Deutschen Anwaltvereins (DAV) mit bundesweit 53.000 Mitgliedern, bei der Einweihung sagte, wird das siebenstöckige Gebäude, das auch die Deutsche Anwaltakademie beherbergen wird, der Kristallisationspunkt der deutschen Anwaltschaft sein.

ERSTKLÄSSLER werden an bayerischen Schulen in Zukunft eine Fremdsprache – Englisch oder Französisch – lernen können. Ein entsprechendes Modell aus Frankreich soll an ausgewählten Schulen im Freistaat erprobt werden. Bisher gibt es in Bayern Englisch erst ab Klasse drei. Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat Englischunterricht bereits für Erstklässler gefordert. Die Mehrzahl der deutschen Unternehmen – zunehmend auch der Mittelstand – brauche Mitarbeiter, die die englische Sprache so selbstverständlich wie Lesen, Schreiben und Rechnen beherrschen. **UID**

ÜBERGANGSGELDER

in Höhe von 25.000 Mark für drei Monate bzw. 24.500 Mark einen Monat lang erhalten die beiden zurückgetretenen Minister Funke und Fischer. Funke wird danach 21 Monate lang 12.500 Mark beziehen und ab seinem 55ten Lebensjahr eine monatliche Pension von 12.000 Mark erhalten. Andrea Fischer wird nach zweijähriger Amtszeit ab ihrem 60ten Lebensjahr eine Pension von 3.700 Mark beziehen.

ÖLKOSTEN haben letztes Jahr die Verbraucherpreise um 1,9 Prozent in die Höhe getrieben. Das ist der höchste Anstieg seit 1997. 1999 betrug die Inflationsrate lediglich 0,6 Prozent.

SOZIALHILFE sollte nach Ansicht des Präsidenten des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, nur noch an Arbeitende gezahlt werden. Es sei Unsinn, Menschen nur unter der Bedingung zu helfen, dass sie selbst nichts tun. Die nach seiner Vorstellung gezahlte Sozialhilfe würde niedrige Löhne ergänzen und mit dazu beitragen, Arbeitslosigkeit abzubauen.

LOHNFORTZAHLUNG für kranke Arbeitnehmer wieder einschränken, hat Hand-

werkspräsident Dieter Philipp gefordert. BDI-Präsident Michael Rogowski unterstützt den Vorstoß: „Die Kosten für die Lohnfortzahlung sind immer noch zu hoch.“ Auch nach Meinung des CSU-Wirtschaftsexperten Hans Michelbach MdB lässt sich der Krankenstand nur dann reduzieren, wenn „Arbeitstage besser bezahlt werden als Krankentage“.

„**ESTHER**“ heißt die bisher größte deutsche Gesundheitsstudie. 15.000 Menschen im Alter zwischen 50 und 74 Jahren sollen sich nach einem kostenlosen und anonymen Gesundheitscheck alle zwei Jahre an einer umfangreichen Fragebogenaktion beteiligen. Ziel der Studie: in den nächsten 20 Jahren einen genaueren Überblick über gesundheitliche Risikofaktoren zu gewinnen. Die saarländische Gesundheitsministerin Regina Görner und Prof. Hermann Brenner vom Zentrum für Altersforschung in Heidelberg bedauern allerdings, dass die Bereitschaft zur Teilnahme an der Studie noch zu wünschen lässt.

MITTELSTAND klagt über zunehmend schlechte Behandlung durch Banken bei der Kreditvergabe. „Betroffen sind vor allem kleinere Unternehmen mit schwacher

Gewinnentwicklung“, erläutert Professor Karl-Werner Hansmann das Ergebnis einer Studie, an der sich mehr als 500 Betriebe des Groß- und Außenhandels in Norddeutschland beteiligt haben. Die einseitige Orientierung auf den Unternehmenswert gibt Anlass zur Sorge um die Zukunft des Mittelstands in Deutschland.

HANDWERK stöhnt unter der Marktmacht von Handels- und Industrieriesen. Gut 41 Prozent der Handwerksfirmen in NRW bestätigen in einer Umfrage, dass die „ruiniöse Preiskonkurrenz“ durch Supermarktketten, Preis- und Abnahmediktate von Großkunden ihre ohnehin geschwächte Ertragsituation weiterhin verschlechtere. Allein das Tätigwerden des Staates bei haustechnischem Service, Installation und Wartung sowie im Bereich Telekommunikation gefährde Zehntausende von Arbeitsplätzen.

IMPORTE haben erstmals die 100-Milliarden-Grenze überschritten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts hat die Bundesrepublik im November 2000 Waren im Wert von 102,1 Milliarden Mark eingeführt, Waren im Wert von 110,7 Milliarden exportiert. 

Angela Merkel: Soziale Marktwirtschaft ist **Modell** für Europa

Die Parteivorsitzende hat die in der Europäischen Volkspartei (EVP) zusammengeschlossenen Parteien aus 26 Ländern dazu aufgerufen, die soziale Marktwirtschaft zum Wirtschaftsmodell eines geeinten Europas zu machen.

„Wir müssen die Vorstellung der sozialen Marktwirtschaft verteidigen und fortentwickeln“, sagte sie in Berlin auf dem EVP-Kongress bei einer Podiumsdiskussion: „Wir brauchen einen Ordnungsrahmen. Der Markt allein schafft das nicht.“

Jeder muss am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben können

Es sei sicher zu stellen, dass jeder Mensch Teilhaber am gesellschaftlichen Wohlstand sein könne, sagte Merkel. Das Grundelement der sozialen Marktwirtschaft, für Solidarität unter den Menschen zu sorgen, dürfe nicht über Bord geworfen werden.

Die luxemburgische EU-Kommissarin Viane Reding und der ehemalige portugiesische Premierminister Antonio Cavaco-Silva warben für eine größere Beachtung der Ausbildung in Europa. Ansonsten würden „neue Gruben gegraben“, sagte Reding. „Es darf niemand auf der Strecke bleiben.“ Computer und Internet seien kein Selbstzweck, sondern nur Instrumente. Es reiche nicht, wenn in den künftigen Schulklassen nur Computer stünden, aber Lehrer fehlten, die Kinder in der neuen Technologie unterrichten könnten.

Nach Ansicht von Cavaco-Silva müssen die Regierungen weiter dafür sorgen, dass sich die wirtschaftliche Effizienz in ihren Ländern verbessert. Dabei ständen alle europäischen Regierungen unter Druck, die Steuerlasten zu senken, weil sie durch die Globalisierung dazu gezwungen würden. Für die Regierungen werde es daher immer schwieriger, notwendige Umverteilungen des Reichtums in den Gesellschaften mit den Mitteln des Steuerrechts herbeizuführen.

Der EVP-Kongress, an dem 600 Delegierte teilnahmen, verabschiedete eine Ergänzung des EVP-Programms, in dem die Vereinigung unter anderem weitere tief greifende Reformen der EU verlangt – insbesondere eine Abgrenzung der Kompetenzen der EU und der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die Verantwortung für den anderen gilt global

Der Chef der UN-Umweltorganisation UNEP, der ehemalige Umweltminister Klaus Töpfer, sprach sich für eine größere Solidarität zwischen den Ländern der Welt aus. Der Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft, Verantwortung auch für den anderen zu übernehmen, müsse auch global gelten.

[http://](http://www.cdu.de/politik-a-z/dokumentationen/berliner-dokument.htm)

Wortlaut des „Berliner Dokuments“ (Europa vollenden):
www.cdu.de/politik-a-z/dokumentationen/berliner-dokument.htm

HANS-GERT PÖTTERING VOR DEM EVP-KONGRESS IN BERLIN:

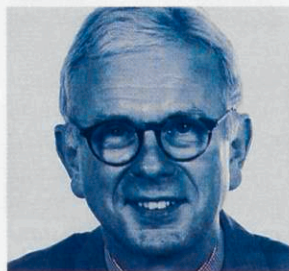
Ja oder Nein zu **Nizza** ist abhängig von Post-Nizza-Prozess

Kritisch hat sich der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, in seiner Rede zum Abschluss des EVP-Kongresses in Berlin über den Vertrag von Nizza geäußert. Die Beurteilung von Nizza sei jetzt davon abhängig, wie sich der Post-Nizza-Prozess entwickeln werde.

Ihre endgültige Haltung zu Nizza werde die EVP-ED-Fraktion, mit 232 Abgeordneten die mit Abstand größte Fraktion im Europäischen Parlament, zwar erst nach den Beratungen im Konstitutionellen Ausschuss des EP festlegen. Allerdings sei schon jetzt deutlich, dass der Vertrag nicht den Erwartungen seiner Fraktion entspreche.

Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen

Dies gelte vor allem für die mangelnde Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat und die gleichzeitige Ausweitung der Mitentscheidung des



Europäischen Parlaments. „Nizza ist seinem historischen Auftrag nicht gerecht geworden“, erklärte Pöttering vor dem Kongress.

Insbesondere habe sich auch die Methode der Regierungskonferenz als über-

holt erwiesen. Die erfolgreiche Konferenz zur Erarbeitung der Grundrechtscharta könne ein Beispiel für eine bessere Arbeitsmethode in der Zukunft sein. Die endgültige Haltung der EVP-ED-Fraktion werde auch davon abhängen, ob der 'Nach-Nizza-Prozess' klare Perspektiven und Verpflichtungen zur Überwindung der Defizite anbietet. Der schwedischen und belgischen Ratspräsidentschaft im Jahr 2001 komme dabei besondere Verantwortung zu. ▶

ANGELA MERKEL:

Die Bürger müssen Europa verstehen

Der Erfolg Europas hängt nicht zuletzt an der Reformfähigkeit der Europäischen Union. Nizza hat viele nicht zufriedengestellte auch mich nicht. Europa muss handlungsfähig sein. Das erfordert klare Reformen für die Institutionen, und es erfordert eine klare Definition der Aufgaben, die europäisch erledigt werden

sollen. Das ist der Grund, warum ich so nachdrücklich für einen Verfassungsvertrag eintrete, der die Kompetenzverteilung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten regelt. Wir wollen die Akzeptanz durch die Bürger. Das setzt voraus, dass die Menschen Europa verstehen.

Aus der Eröffnungsrede der Parteivorsitzenden

► Pöttering setzte sich nachdrücklich für handlungsfähige und starke Gemeinschaftsinstitutionen und eine klare Abgrenzung der Kompetenzen der Europäischen Union und der Nationalstaaten ein. Auch müsse sich in Zukunft das Ergebnis der Europawahlen in der Zusammensetzung der Kommission widerspiegeln, die vom Europäischen Parlament eingesetzt werde. Über all diese Fragen müsse der Dialog jetzt intensiv fortgeführt werden.

Die Entscheidung über den Beitritt nicht verzögern

Pöttering ließ keinen Zweifel daran, dass „wie auch immer unsere Entscheidung zu Nizza ausfällt“, diese Entscheidung den Beitritt der Völker aus der Mitte Europas zur Europäischen Union nicht verzögern dürfe. „Die Erweiterung der Europäischen Union ist für uns eine historische, politische und moralische Aufgabe“, sagte Pöttering. Die EVP-ED-Fraktion sei stolz darauf, dass ihre Initiative für erste Beitritte zur Union bereits vor den Europawahlen 2004 – und damit die Beteiligung erster Völker aus der Mitte Europas an

WILFRIED MARTENS:

Die Sozialisten waren ohne Vision

Vor einem Monat wurde der Vertrag von Nizza ausgehandelt. Mich hat erschreckt, in welcher Atmosphäre diese Verhandlungen stattgefunden haben. Keine Partnerschaft, sondern nationales Prestige und wenig Willen zu gemeinsamen Lösungen standen im Vordergrund.

Vor zehn Jahren haben die Staats- und Regierungschefs den Maastrichter Vertrag ausgehandelt. Auch diese Verhandlungen waren sicher nicht einfach. Aber es gab einen wichtigen

Unterschied: Die Regierungschefs aus den Reihen der EVP – Giulio Andreotti, Helmut Kohl, Ruud Lubbers, John Major, Konstantinos Mitsotakis, Anibal Cavaco Silva, Jacques Santer, Pol Schglüter und ich selber – hatten eine Vision von Europa.

*Diese Vision haben die Sozialisten nicht. Ich freue mich deshalb, dass **Helmut Kohl – der Ehrenbürger Europas** – heute abend zu uns sprechen wird.*

Aus der Eröffnungsrede des EVP-Präsidenten

diesen Wahlen – nicht nur vom Europäischen Parlament, sondern auch von der Kommission und dem Gipfel in Nizza übernommen wurde.

Eine deutliche Warnung richtete Hans-Gert Pöttering an den Ministerrat. Dieser werde mit dem entschiedenen Widerstand der größten Fraktion im Europäischen Parlament rechnen müssen, wenn er etwa versuchen sollte, die Kommission als Gemeinschaftsinstitution zu schwächen. Der Ministerrat müsse vielmehr im

Sinne von Transparenz, Offenheit und Durchsichtbarkeit reformiert werden.

Der EVP-Kongress nahm am 13. Januar eine von der EVP-ED-Fraktion eingereichte Entschliebung zu dem Post-Nizza-Prozess und das Kongressdokument „Eine Union der gemeinsamen Werte“ sowie weitere Entschliebungen an.

<http://>

Weitere Informationen zum EVP-Kongress sind auf der Internet-Seite der EVP-ED-Fraktion www.epp-ed.org verfügbar.

EDU plädiert für zügige EU-Erweiterung

Anlässlich der XX. Parteiführerkonferenz der Europäischen Demokratischen Union (EDU) hat deren Vorsitzender, der finnische Finanzminister Sauli Niinistö, Kritik an den Ergebnissen der Konferenz von Nizza geäußert.

Bei diesem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs sei deutlich geworden, dass es Europa vor allem an Visionen und Führerschaft fehle. Zugleich betonte Niinistö die Notwendigkeit, an der Osterweiterung der Europäischen Union festzuhalten.

Die Parteivorsitzende Angela Merkel hob hervor, dass Nizza ungeachtet aller Ungereimtheiten und Mängel die Voraussetzungen für den Erweiterungsprozess geschaffen habe. Dieses Signal sei für viele Mitgliedsparteien der EDU aus Osteuropa „unglaublich wichtig“. „Mit besonderer Freude“ habe sie deshalb miterlebt, dass die ungarische Regierungspartei (Fidesz-MPP) und die slowakische MKP-SMK Mitglieder in der EDU geworden seien. Insbesondere Ungarn gehöre



zu den Ländern, die große Anstrengungen unternehmen würden, um schnell Mitglied der Europäischen Union zu werden. Allerdings müsse um die europäische Einigung immer wieder neu gekämpft werden, wie das Beispiel der Ausgrenzung Österreichs durch die sozialistischen Regierungen zeige. Eine solche Handlungsweise führe die auf gemeinsamen Verträgen beruhende europäische Integration ad absurdum.

Als ein „Faszinosum“ bezeichnete der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber die Leistungen der EDU seit 1978. Damals sei es unvorstellbar gewesen, dass sich einmal Parteien aus ganz Europa zusammenschließen könnten.

Stoiber äußerte Verständnis für die Kritiker der Regierungskonferenz von Nizza. Er stellte jedoch zugleich klar, dass es ohne die Ratifizierung keine Osterweiterung geben werde. Zudem gefährde man eine „vernünftige“ Vorbereitung der Regierungskonferenz im Jahre 2004. Dort müssten so weit reichende Entscheidungen getroffen werden wie die Kompetenzabgrenzung und die Kompetenzverteilung zwischen den immer zahlreich werdenden Mitgliedstaaten und der europäischen Ebene.

[http://](http://www.cdu.de/politik-a-z/parteitag/eduberliner-erklaerung-110101.htm)

Wortlaut der
„Berliner Erklärung“
der EDU-Konferenz:
www.cdu.de/politik-a-z/parteitag/eduberliner-erklaerung-110101.htm



REGIERUNG

Zu viel Anfang

„Jedem Anfang“, so sagt Hermann Hesse, „wohnt ein Zauber inne.“ Der Bundeskanzler würde auf solche Zauber gern verzichten. Es gibt viel zu viele Anfänge in seinem Kabinett, so viele wie noch in keinem bundesdeutschen Kabinett in einem so kurzen Zeitraum. Und mit jedem Rücktritt werden die Fragen an Gerhard Schröder lauter: Wo bleibt die Führung, wo bleibt die Autorität? Wo bleiben Solidarität, Kontinuität und Reife des rot-grünen Regierungshandelns? Wo bleiben Verlässlichkeit und Vertrauen in eine Politik, wenn deren Beständigkeit die Unbeständigkeit ist?

Süddeutsche Zeitung

Tief zerrissen

Im Schachspiel ist die Rochade ein intelligenter Zug, der die gewohnte Schlachordnung auf dem Feld aufreißt: Der Tausch von König

und Turm rettet den König an den Spielfeldrand, die Flankenfigur des Turms beherrscht fortan das Zentrum. Nichts anderes hat Bundeskanzler Schröder gemacht, als er die Spitzen des Gesundheits- und des Landwirtschaftsministeriums austauschte – und mit ihnen zugleich die Zuordnungen. Was wie eine Offensive für den Verbraucherschutz verkauft wird, ist nichts anderes als eine offenbar gewordene Regierungskrise. Zum Ausdruck kommt eine tiefe Zerrissenheit in der rot-grünen Koalition.

Die Welt

Versagen Schröders

Die Geduld der Bevölkerung mit einer Regierung, die nach zwei Jahren am lebenden Objekt der Bundesrepublik Deutschland noch immer das Regieren übt, geht langsam zu Ende. Der Kanzler will dem Volk verkaufen, dass quasi alle etwas von der nun erfolgten Kabinettsumbildung hätten. Er präsentiert sich wieder als Macher. Zuerst aber bleibt der Vorgang als Versagen im kollektiven

Gedächtnis haften. Auch als ein Versagen Schröders. Die Bilanz der rot-grünen Regierung ist, nüchtern betrachtet: Das erste Jahr völlig verkorkst, das zweite Jahr Reorganisation und Erfolge, und das dritte Jahr beginnt wieder mit Chaos. Die Deutschen wollen aber mit ihrer Stimmabgabe üblicherweise kein Ticket für eine politische Achterbahnfahrt lösen.

Berliner Zeitung

Sinkendes Schiff

Was macht einen Bundeskanzler aus? Die Richtlinienkompetenz in der Sache und die Steuerungskraft beim Personalaufgebot. Ist – an beidem gemessen – Gerhard Schröder ein starker oder ein schwacher Kanzler? Zu seinem Glück läßt sich die Frage nicht ausschließlich mit den Hinweisen auf sein Renten-“Basta“ und seine Solidaritätserklärung für die beiden BSE-Minister beantworten, zu seinem Pech aber auch nicht mit Hinweisen auf Gegenbeispiele. Die letzte Woche der Bundespolitik

lässt sich bestenfalls mit dem Refrain „Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff“ besingen.

Frankfurter Allgemeine

In der Krise

Schröder kann es sich nicht schön reden. Seine Regierung steckt tief in der Krise. Sieben Minister-Rücktritte in zwei Jahren – wenn das so weitergeht, wäre seine gesamte frische Mannschaft zur nächsten Wahl aufgebraucht. Rheinische Post

Überfordert

Doppelrücktritte sind in der an Ministerrücktritten reichen deutschen Geschichte eine absolute Rarität. Wenigstens so weit haben Gesundheitsministerin Fischer und Landwirtschaftsminister Funke gestern Geschichte geschrieben. Der Grund für die doppelte Demission wird nicht als Ruhmestat in die Geschichtsbücher eingehen: Beide Minister hatten bei der Bewältigung der BSE-Krise

mit vielen Fehlern das Vertrauen der Verbraucher verspielt. Sächsische Zeitung

Drehtür

Allmählich entwickelt sich die Regierung Schröder zu einer Drehtür für durchreisende Politiker. Eigentlich sollte nur der Staatsminister für Kultur ausgetauscht werden. Nun ist aus der kleinen Frischzellenkur ein großer Aderlaß geworden. Nach Lafontaine, Hombach, Münteferring und Klimmt sind Fischer und Funke die Abgänge Nummer 5 und 6 in kaum mehr als einer halben Wahlperiode. Das hat es schon lange nicht mehr gegeben. Das Ansehen der Regierung ist abermals im Sinken begriffen.

Frankfurter Allgemeine

Desaströs

Die BSE-Krise ist auch eine Krise der Regierung Schröder. Wie im Fall des Verkehrsministers Klimmt hat der Kanzler wieder keine gute Figur gemacht, weder den Ernst der Lage erkannt

noch durchgegriffen. Wie im ersten desaströsen Jahr seiner Regierung hat er die Dinge schleifen lassen und sich mit Solidaritätsbekundungen um die drohende Kabinettsumbildung herumgedrückt. Die Welt

Wie lange noch?

Mit dem Abschied der Minister sechs und sieben steht Schröder plötzlich vor der größten Krise seiner rot-grünen Kanzlerschaft. Der Lack ist endgültig ab, die personelle Schwindsucht grassiert. Fast schlimmer als das BSE-Virus. Jetzt geht es ans Eingemachte. Vor allem: Der Macher ist nicht mehr Herr des Verfahrens, sondern Getriebener. Jetzt rächt sich, dass Schröder nicht selbst agierte und die unter Beschuss geratenen Ressortchefs austauschte, als noch Zeit dazu war. Unweigerlich wird sich nun der Domino-Effekt fortsetzen. Nachdem zwei weitere Steine kippten, ist die Frage, wie lange sich Riester, Joschka Fischer und Co. noch halten.

Leipziger Volkszeitung

Wohlgelaunt grüsst der „Alte“: Wander-



Eine neue Ausstellung der KAS würdigt unter dem Titel „Der erste Kanzler“ Leben und Werk Konrad Adenauers. Sie ist gedacht für den „schnellen Einsatz“ bei Tagungen und Vortragsveranstaltungen.

„Konrad Adenauer im Portrait. Fotografien 1917-1966“ heißt eine vielbeachtete Fotoausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie stellt den Portraitierten und die Kunst des fotografi-

schen Portraits als gleichermaßen interessante Themen nebeneinander.

Seit 1992 im In- und Ausland unterwegs ist die Ausstellung „Konrad Adenauer. Deutscher und Europäer“. Sie benötigt mindestens 100 Quadratmeter Stellfläche. Ansprechpartner für die Ausstellungen ist Peter Zündorf, Konrad-Adenauer-Stiftung, HA Politische Bildung, Tel.: 022 36/70 72 31, Fax: 022 36/70 74 13.

Zum nächstmöglichen Termin ist die Stelle einer/s

Kreisgeschäftsführerin/ Kreisgeschäftsführers

der CDU Hannover Stadt neu zu besetzen.

Die Kreisgeschäftsstelle ist die zentrale Anlauf- und Verwaltungsstelle für 20 Ortsverbände mit zusammen knapp 2.500 Mitgliedern.

Die Geschäftsführerin bzw. der Geschäftsführer leitet die Geschäftsstelle mit zurzeit 2 Mitarbeiterinnen. Zu den Aufgaben der Bewerberin bzw. des Bewerbers gehören insbesondere die Verwaltung des Etats, die Vorbereitung, Durchführung und Organisation von Kreisvorstands-

sitzungen, Kreisparteitagen, Mitgliederversammlungen, Fachtagungen und Konferenzen jeglicher Art, die Planung, konzeptionelle Gestaltung und Überwachung umfangreicher Wahlkampfaktivitäten, die organisatorische Betreuung der Gebietsverbände der Partei, ihrer Vereinigungen und Arbeitskreise.

Wir suchen eine selbstbewusste und engagierte Persönlichkeit, die in der Lage ist, diese und eine Vielzahl weiterer und interessanter Aufgaben zu erfüllen. Wir erwarten von der Stelleninhaberin bzw. dem Stelleninhaber ein Höchstmaß an zeitlicher Flexibilität, hohe Einsatzbereitschaft, sicheres Auftreten

und die Fähigkeit, Funktionsträger, Mitarbeiter und Mitglieder zu motivieren.

Grundvoraussetzung für die Einstellung ist der Abschluss einer beruflichen Ausbildung. Wir setzen die Beherrschung moderner Bürokommunikationstechniken und Kenntnisse des Rechnungswesens voraus. Vom Stelleninhaber wird die Mitgliedschaft in der CDU erwartet.

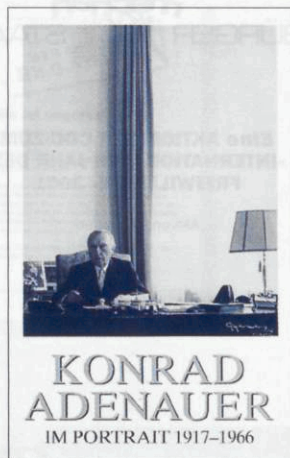
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen unter Angaben des Eintrittsdatums und der Gehaltsvorstellung sind zu richten an:

**CDU Hannover Stadt,
Dr. Hanns-Georg Fricke,
Vorsitzender,
Waldseeestraße 21,
30177 Hannover.**

ausstellungen zum Adenauer-Jahr 2001

Ein „Karikaturen-Kabinett“ mit Adenauer-Karikaturen von Wilhelm Hartung hat Paul Wink von der Adenauer-Stiftung zusammengestellt. Es ist zunächst in der Akademie der Stiftung in Berlin zu sehen und steht danach für weitere Ausstellungen zur Verfügung. Ansprechpartner: Paul Wink, Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin,

Tel.: 030/2699 6280,
Fax: 030/2699 6275.



Die Junge Union Deutschlands sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin eine/einen

Referent/in für Internationale Arbeit

Aufgaben: ■ Zuarbeit für die Bundesvorsitzende/den Bundesvorstand der Jungen Union ■ Geschäftsführung der Internationalen Kommission in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Bundesvorstandsmitgliedern im Bereich internationale Arbeit ■ Kontaktpflege zu den internationalen Organisationen, insbesondere auf europäischer Ebene ■ Vorbereitung und Durchführung von Seminaren und Konferenzen ■ Recherche, Materialsamm-

lungen und Korrespondenz
Anforderungen: ■ abgeschlossenes Hochschul-/Fachhochschulstudium ■ Beherrschung von zwei Fremdsprachen in Wort und Schrift (Englisch obligatorisch) ■ Erfahrung in der Verbandsarbeit der Jungen Union bevorzugt ■ sicherer Umgang mit PC (Win, Word, Excel, Internet, E-Mail) ■ Höchstalter 30 Jahre **Vergütung:** in Anlehnung an BAT.

Schriftliche Bewerbungen einschließlich aller üblichen Unterlagen sind bis zum 2. Februar 2001 an die

**Bundesgeschäftsstelle
der Jungen Union,
Michael Hahn,
Inselstr. 1 b
10179 Berlin-Mitte
zu richten.**

Angela Merkel:
„Die Grundgedanken der Politik Adenauers – Einsatz für Demokratie, Freiheit, Frieden und sozialen Ausgleich – sind auch im neuen Jahrhundert Maximen politischen Handelns.“





**Eine AKTION DER CDU ZUM
„INTERNATIONALEN JAHR DER
FREIWILLIGEN“ 2001**

Aktionsleitfaden

 **CDU**

Leitfaden „Bürger machen Staat“

Eine Aktion der CDU zum
„Internationalen Jahr der Freiwilligen“ 2001

Bestell-Nr.: 4711

Preis je 20 Expl. 28,00 DM (14,32 EURO)

Verpackungseinheit: 20 Expl.

Broschüre „Die Wir-Gesellschaft“

Über die Notwendigkeit einer
„Neuen Sozialen Marktwirtschaft“
von Dr. Angela Merkel

Bestell-Nr.: 5701

Preis je 50 Expl. 28,00 DM (14,32 EURO)

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Broschüre „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“

Beschluss des Bundesausschusses
der CDU Deutschlands
vom 20. November 2000 in Stuttgart

Bestell-Nr.: 5704

Preis je 50 Expl. 47,00 DM (24,03 EURO)

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Dr. Angela Merkel

Die WIR-GESELLSCHAFT

Über die Notwendigkeit einer
Neuen Sozialen Marktwirtschaft



CDU



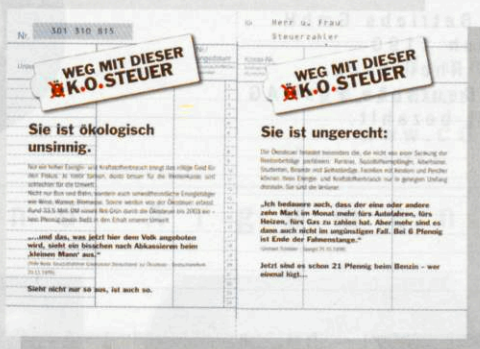
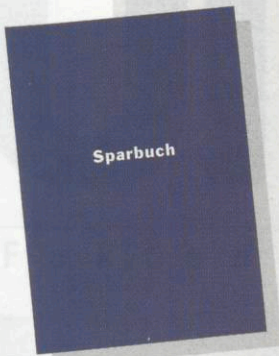
Aufbruch IN DIE LERNENDE GESELLSCHAFT

Bildungspolitische Leitsätze

Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands
vom 20. November 2000 in Stuttgart



CDU



Sparbuch „Ökosteuer“

DIN A0

Bestell-Nr.: 5707

Preis je 100 Expl. 22,00 DM (11,25 EURO)

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Plakate „Ökosteuer“

DIN A0

Bestell-Nr.: 8710

Preis je 50 Expl. 70,00 DM (35,79 EURO)

Verpackungseinheit: 50 Expl.

DIN A1

Bestell-Nr.: 8709

Preis je 50 Expl. 35,00 DM (17,90 EURO)

Verpackungseinheit: 50 Expl.



Der SCHÖNSTE PLATZ FÜR DIE ÖKOSTEUER!

WEG MIT DIESER K.O.-STEUER **CDU**



Postkarte „Ökosteuer“

DIN A1

Bestell-Nr.: 5707

Preis je 50 Expl. 15,00 DM (7,67 EURO)

Verpackungseinheit: 50 Expl.

UD

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Aktionstipp

Verteilen Sie jetzt auf Betriebs-, Supermarktparkplätzen oder im Parkhaus den Eiskratzer – zusammen mit dem neuesten Info-Material. Über das nützliche und sehr begehrte Werbemittel hinterlassen Sie bei jedem Autofahrer einen positiven Eindruck.

Bestell-Nr.: 9890

Preis je 100 Expl.: 89,- DM (45,50 EURO)
zzgl. 16% MwSt.

Verpackungseinheit: 100 Expl.

**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Telefax 02524/911310

e-mail:

cdu-shop@bertelsmann.de